



ZUSAMMENFASSUNG:

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die betriebliche Sozialpolitik immer mehr ein Aushandlungsobjekt zwischen der Unternehmens-, Werks- und Personalleitung sowie den gesetzlich gestärkten Betriebsräten und Gewerkschaften. Auch wandelte sie sich mit dem Ausbau der staatlichen Sozialpolitik und steigendem Lebensstandard. Im interdisziplinären Thema der betrieblichen Sozialpolitik lassen sich Verflechtungen zwischen Betrieb und Gesellschaft aufzeigen. Anders als für das 19. und frühe 20. Jahrhundert fand das betriebliche Sozialengagement nach 1945 bislang nicht das Interesse vieler Historiker. Die Unternehmen der als Schrittmacherbranche geltenden Automobilindustrie Volkswagen und Peugeot wurden ausgewählt, weil bei ihnen soziale Leistungen aufgrund der Lage ihrer Hauptwerke Wolfsburg und Sochaux in relativ gering besiedelten Gebieten eine wichtige Rolle spielten. Der Vergleich ermöglichte die Bewertung der Einflussfaktoren der Sozialpolitik, ohne nationale Aspekte zu überschätzen. Dokumente der Personal- und Sozialabteilungen, der Geschäftsleitungen und Betriebsräte sowie Zeitzeugengespräche bildeten die empirische Basis der multiperspektivischen Analyse. Untersucht wurden die materielle und finanzielle Versorgung der Beschäftigten und der Familien, ökonomisch motivierte Leistungen wie Produktionsprämien, die Wohnungs- und Transportpolitik und schließlich Maßnahmen zur Freizeit- und Urlaubsgestaltung.

Die den mikropolitischen Ansatz und das *embeddedness*-Konzept verwendende Studie erzielte folgende Ergebnisse: Der Wandel der Sozialpolitik beider Betriebe ab Mitte der 40er Jahre vollzog sich in drei Etappen. Die erste Phase bis in die frühen 50er Jahre war vom Wiederaufbau sowie der Einführung neuer Sozialleistungen geprägt. In der zweiten Phase bis zur Mitte der 60er Jahre wurden bestehende Maßnahmen diversifiziert und ausgeweitet. Während der dritten Phase bis Ende der 70er Jahre unterlagen die Sozialsysteme eher qualitativen Veränderungen. Im gesamten Zeitraum zeigten sich drei Tendenzen: Zunehmend zogen sich die Unternehmen aus der Leistungserbringung zurück, wie in der Unterstützung sozialer Angebote anderer Initiatoren sowie in der Subsidiarität von betrieblicher Sozialpolitik deutlich wird. Zweitens nahm die Zugänglichkeit und Verlässlichkeit der Sozialleistungen zu, was sich in einer Ausweitung des Empfängerkreises, der höheren Leistungen sowie ihrer Kodifizierung auf verschiedenen Ebenen äußert. Drittens wuchsen die Einflussmöglichkeiten der Beschäftigten. Hierzu trugen die Monetarisierung von Sozialmaßnahmen, ihre Diversifizierung sowie Individualisierung bei. Diese Entwicklungen zeigen eine inhaltliche Demokratisierung der betrieblichen Sozialpolitik. Das Spektrum der sozialen Systeme von Volkswagen in Wolfsburg und Peugeot in Sochaux war trotz unterschiedlicher Rahmenbedingungen wie der Gesetzgebung zur Arbeitnehmerbeteiligung ähnlich. In mancherlei Hinsicht setzten die Betriebe zwar verschiedene Schwerpunkte; häufig fanden aber Entwicklungen in die gleiche Richtung statt. Als wichtigste Einflussfaktoren der Sozialpolitik erwiesen sich die Standorte der Werke Sochaux und Wolfsburg, die finanzielle Lage der Unternehmen sowie die durch den Arbeitskräftemangel bedingte Notwendigkeit der Positionierung innerhalb der Branche. Daher förderten die Unternehmen den sozialen Ausbau, den die Vertreter der Arbeitnehmer und diese selbst verlangten. Vom Gesetzgeber gingen Impulse zur Reform der sozialen Systeme aus. Zunehmend gewannen die Erwartungen der Kunden auf dem Käufermarkt an Bedeutung. Das heißt, es wurden weitere Akteure in die Gestaltung der betrieblichen Sozialpolitik mit einbezogen.

Mit Hinblick auf die zunehmende Aushandlung der Sozialleistungen und deren inhaltlichen Wandel erscheint es trotz zeitweise gegenläufiger Prozesse gerechtfertigt, nach 1945 von ihrer Demokratisierung zu sprechen.